

**HESSISCHER LANDTAG****Änderungsantrag**12.01.2023
HHA**Fraktion DIE LINKE**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 (Haushaltsgesetz 2023/2024) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 20/9640 zu Drucksache 20/9251

Inhalt des Antrags: **Verhütungsmittel und Hygieneprodukte für Frauen* mit geringem Einkommen flächendeckend zur Verfügung stellen**

Einzelplan **08** **Hessisches Ministerium für Soziales und Integration**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 06 Bezeichnung Freiwillige Transferleistungen
Produktnummer 062 Bezeichnung Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und ausgleich von sozialen Benachteiligungen

Veränderungen in Euro		2023		
		von	um	auf
Produkterfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	7.592.800	670.000	8.262.800

Liquidität			
Einnahmen			
Ausgaben			

Veränderungen in Euro		2024		
		von	um	auf
Produktenerfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	11.655.000	670.000	12.325.000
Liquidität				
Einnahmen				
Ausgaben				

Weitere Änderungsbedarfe (Verpflichtungsermächtigungen, Stellen, Kennzahlen etc.)

Inhaltliche Erläuterung/Begründung des Änderungsantrags

Mit dem BMSFJ-Modellprojekt „biko – Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütung“ wurde in sieben Städten über einen Zeitraum von drei Jahren (2016-2018) der Zugang zur Kostenübernahme verschreibungspflichtiger Verhütungsmittel für Frauen* mit geringem Einkommen ermöglicht. Die wissenschaftliche Evaluation des Modellprojekts, welche im September 2019 vorgestellt wurde, zeigt den hohen Bedarf an einer finanziellen Unterstützung und betont den Wert selbstbestimmter Verhütungsentscheidungen für den betroffenen Personenkreis.

Für diesen Zweck sind jedoch die in diesem Förderprodukt, Bereich A vorgesehenen 130.000 Euro vollkommen unzureichend: Für die sieben biko-Modellprojekte beliefen sich die einjährigen Bewilligungskosten auf insgesamt 666.166 Euro. Vor diesem Hintergrund bedeutet die Erhöhung der vorgesehenen Mittel einen vorsichtigen Näherungswert bezüglich einer tatsächlichen flächendeckenden Bereitstellung.

Wiesbaden, 12.01.23

Für die Fraktion
DIE LINKE
Der Fraktionsvorsitzende:

Jan Schalauske